

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Franz Michalek**.  
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 24. April 1919. Nr. 181.

**Kondensmilch für Kinder bis zu 6 Jahren.** Am 28. d.M. beginnt die Ausgabe von genuokarter Kondensvollmilch aus den von der Entente zur Verfügung gestellten Milchvorräten an Kinder vom vollendeten 1. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre. Die Abgabe gilt vom 27. April bis 10. Mai. Jedes Kind vom vollendeten 1. bis zum vollendeten 2. Lebensjahr hat Anspruch auf je 5, jedes Kind vom vollendeten 2. bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf je zwei Dosen. Die Abgabe erfolgt gegen Vorweisung der entsprechenden Milchkarte und können die Dosen auf einmal oder in Teilmengen bezogen werden. Der Preis für eine Dose beträgt K 7.30. Die Inhaber und Leiter sämtlicher Milchabgabestellen sind verpflichtet, bei jeder Abgabe von Kondensmilch eine der Zahl der verkauften Dosen entsprechende Anzahl der Tagesabschnitte der 115. bzw. 116. Woche, beginnend mit dem Montagsabschnitte der 115. Woche, von der Milchkarte abzutrennen. Die vorhandene Frischmilch bleibt den Kindern bis zum vollendeten ersten Lebensjahre und den Schwerkranken vorbehalten.

**20.000 Kronen für die Sicherheitswache.** Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Hoss für die Hinterbliebenen der bei den Ausschreitungen am 17. d.M. tödlich verunglückten Wachorgane sowie für die bei diesem Anlasse verwundeten Wachorgane einen Unterstützungsbeitrag von 20.000 Kronen bewilligt.

**Bohnen für Mindestbemittelte.** An die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch wird für jede Person des Haushaltes 1/8 kg Bohnen zum Preise von K 1.- in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereier gegen Abtrennung des Abschnittes 16 des rosafarbenen Einkaufscheines an folgenden Tagen abgegeben: Samstag, 26. d.M. A bis F, Montag, 28. G bis E, Mittwoch, 30. April L bis R und Freitag, 2. Mai S bis Z. Auch an die unentgeltlichen Speisestellen, die offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsanstalten werden Bohnen im selben Ausmasse und zu dem demselben Preise abgegeben.

**Zur Wahlbewegung.** Der freiheitlich-soziale Verein Leopoldstadt hat in seiner Vollversammlung den einstimmigen Beschluss gefasst, Herrn Gemeinderat Neustadt als Kandidaten für den Gemeinderat an zweiter Stelle vorzuschlagen, doch hat GR. Neustadt, um eine Einigung der Leopoldstadt zu erzielen, auf jede Kandidatur verzichtet. Daraufhin hat der Verein über Antrag des Herrn Dr. Julius Ofner dem Herrn Neustadt für seine zwei Dezennien umfassende hochverdiente Tätigkeit, besonders im Interesse des zweiten Bezirkes, das vollste Vertrauen und den wärmsten Dank ausgesprochen, mit dem Wunsche, er möge auch fernerhin seine Kraft dem Bezirke widmen.

**Die Abgabe des amerikanischen Schweinefleisches.** Wie uns mitgeteilt wird, findet die Abgabe des amerikanischen Schweinefleisches in der Abgabewoche von Donnerstag, den 24. d.M. bis Mittwoch, 30. d.M. mit Ausnahme von Sonntag täglich bei allen Rindfleischabgabestellen (Fleischhauer) an alle bei diesen rayonierten Kunden statt. Die dieswöchentliche Quote beträgt 1/2 kg pro Kopf und gelangt gegen Abtrennung des Abschnittes Qu des antischen Einkaufscheines für Rindfleisch zur Ausgabe. Der Preis beträgt pro 1/2 kg 10 Kronen. Es erhalten auch alle Grosskonsumenten, wie Spitäler, Kriegs-

und Gemeinschaftsküchen, Gastwirte, Pensionen, Hotels etc. die doppelte Menge an Schweinefleisch zugewiesen, welche bisher an Rindfleisch zur Anlieferung gelangte.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 24. April 1919. Nr. 182.

**Die Eröffnung des Kaisergartens.** In der heutigen Stadtratsitzung wurde die von der Verwaltung des Hofrars in Aussicht genommene Eröffnung des Kaisergartens für die öffentliche Benutzung während des Tages zustimmend zur Kenntnis genommen. Es wurde beschlossen, der Hofgartenverwaltung 20 Stück Gartenbänke, 5 Papiersammalkörbe und 2 Verbotstafeln zu überlassen. Ebenso werden zur Festigung der Wege im Kaisergarten 150 Kubikmeter Sand unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, dass die notwendigen Arbeiten von der Hofgartenverwaltung durchgeführt werden. Auch der Instandsetzung des vorhandenen Teiches auf Kosten der Gemeinde wurde zugestimmt. Der Kostenvoranschlag für die geplanten Instandsetzungsarbeiten im Betrage von 35.000 Kronen wurde genehmigt.

Wiener Gemeinderat  
Sitzung am 24. April 1919.

Vorsitzender Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** eröffnet die Sitzung und teilt folgende Spenden mit: Dr. Marquet, Direktor der Prager Eisenindustrie Ges. für die Armen Wiens 1000 Kronen, Nikolay Mitter von Wassilko, Vertreter der ukrainischen Volksrepublik für die Armen Wiens 500 Kronen, Armenrat Ludwig Stauracz eine Reihe von Flugschriften und Broschüren aus dem Nachlasse des Prof. Franz Stauracz für die städtischen Sammlungen.

BGM. **Dr. Weiskirchner** berichtet über den Stand der Vergebung der Notstandsarbeiten und teilt mit, dass seit seiner letzten Mitteilung weitere 7 Arbeiten zur Ausschreibung gebracht wurden, deren Summe sich auf rund 783.000 Kronen beziffert. Unter Berücksichtigung der früheren Beträge beziffert sich die Gesamtkostensumme der bisher zur Ausschreibung gelangten Arbeiten auf rund 10 1/2 Millionen Kronen. Ich habe heute mit den Herren im Stadtrat gesprochen, damit alles aufgegeben wird, um durch Vereinfachung des Geschäftsganges, durch Verkürzung des Weges zwischen den einzelnen Amtstellen mit aller Raschheit die vom Gemeinderat bewilligten Arbeiten durchzuführen, damit soviel als möglich Arbeitslose der Verdienstmöglichkeit zugeführt werden. Ich ersuche Sie um Ihre Ermächtigung und hoffe, dass der Gemeinderat meiner Anregung zustimmen wird.

BGM. **Dr. Weiskirchner** bringt ein Dankschreiben des Zentralverbandes österreichischer Kaufleute für die Gewährung des Betrages von 75.000 Kronen als Unterstützung für Kriegsbeschädigte zur Kenntnis.

Schriftführer **GR. Richter** verliest den Einlauf.

GR. **Dr. Alma Seitz** fragt, was der Bürgermeister zu tun gedenke, um den Schleichhandel mit Milch vom Lande nach Wien energisch Einhalt zu tun und den legitimen Handel, der allein eine gerechte Verteilung der Milch ermöglicht, zu schützen und ob der Bürgermeister bereit ist, den Magistrat zu beauftragen, dass mehr als bisher neben den Konsumentenorganisationen auch die legitimen Kleinbändler mit Milch (besonders mit Kondensmilch) versorgt werden.

BGM. **Dr. Weiskirchner:** Der Schleichhandel mit Milch ist eine Erbsünde, die mit dem steten Sinken der Milchlieferungen nach Wien immer mehr um sich greift, trotzdem die massgebenden Behörden der Bekämpfung dieses Uebelstandes ein besonderes Augenmerk zulenken. Die Milchversorgungsstelle hat dieser Tatsache stets eine umso grössere Beachtung geschenkt, als sie ja die Verteilung der Milch in Wien auf ein nach den Prinzipien der gleichen

Behandlung der einzelnen Bevölkerungsschichten eingerichtetes Kartonsystem aufbaut und von Anbeginn an die Meinung vertreten hat, dass der Schleichhandel nicht beim Konsumenten, sondern beim Produzenten zu bekämpfen sei. In wiederholten Eingaben an die Landesregierung und das Staatsamt für Volksernährung wurde darauf hingewiesen, dass eine wirksame Bekämpfung des Schleichhandels mit Milch nur darin erblickt werden kann, dass der Produzent verhindert wird, die Milch an unbefugte Käufer abzugeben. Die Milchversorgungsstelle hat bei diesem Anlasse auch das dringende Ersuchen gestellt, die Produzenten durch die Bezirkshauptmannschaften, bzw. Gemeindevertretungen darüber aufzuklären, dass auch in dem neu errichteten Staatswesen alle bisher in Geltung gestandenen Vorschriften weiterhin in Kraft bleiben. Alle unternommenen Schritte hatten aber bisher nicht den geringsten Erfolg. Ich werde nicht ermangeln, die Milchversorgungsstelle zu beauftragen, die kompetenten Behörden auf die der geordneten Milchverteilung in Wien durch den Schleichhandel drohende Gefahr neuerlich aufmerksam zu machen und energische Abhilfe zu fordern. Was den zweiten Punkt der Anfrage betrifft, so bemerke ich, dass nach einem Berichte der Milchversorgungsstelle den legitimen Kleinbählern schon derzeit jenes Quantum von Kondensmilch zugewiesen wird, das ihnen laut Kundenliste als Pflichtmilchquantum zufließt. Ausserdem wird auch dem Mehrbedarfe einzelner Abgabestellen, notwendig geworden durch Um- bzw. Zurayonierungen, durch entsprechende Nachtragsabweisungen Rechnung getragen. Bei Frischmilch ist es mit Rücksicht auf die sinkende Anlieferung nicht einmal mehr möglich, das gesetzliche Mindestquantum aufzubringen, was zur Folge hat, dass sowohl der Gross- als auch der Kleinbändler gezwungen ist, eine Kürzung der gesetzlichen Anlieferung zu treten zu lassen.

GR. **Untermüller** fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, die Strassenbahndirektion dahin anweisen zu wollen, dass sie im Bahnhofrandverkehr nach Möglichkeit auf die Verkehrsverhältnisse auf der Nordwestbahn Rücksicht nimmt und bei der Nordwestbahndirektion dahin zu wirken, dass den Reisenden wenn sie keine Fahrgelegenheit mehr bekommen, der Aufenthalt in der Halle gestattet wird.

BGM. **Dr. Weiskirchner:** Ich werde diese Interpellation bezüglich des Strassenbahnverkehrs zu den Nachtzügen der Nordwestbahn als Antrag behandeln und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung unterziehen. Bezüglich des Verweilens der Reisenden in der Halle des Bahnhofes werde ich dem Wunsche des Interpellanten Rechnung tragen und an die Direktion dieser Bahn ein Ersuchsschreiben richten.

GR. **Lohner** interpelliert in Angelegenheit der Erbauung eines Ausstellungs-Messe-Gebäudes auf den Gründen der Roosevelt Kaserne.

BGM. **Dr. Weiskirchner:** Ich habe bereits in der Angelegenheit an den Staatskanzler eine Zuschrift gerichtet und werde nach Einlangen der Antwort selbstverständlich alles unternehmen, um diese Frage zur Lösung zu bringen.

GR. **Schäfer** weist in Anknüpfung an die Interpellation des GR. Lohner, betreffend die Einführung einer Wiener Messe auf den Gründen der heutigen Rudolfskaserne darauf hin, dass die Lage dort infolge des hohen Grundwertes eine ungünstige wäre und fragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, bei Erwägung des Messoprojektes die Platzfrage bezüglich der Rotunde mit ihrem Naturpark zu berücksichtigen.

BGM. **Dr. Weiskirchner:** Es ist wohl eine merkwürdige Erscheinung, wenn die Herren Gemeinderäte anfangen, in Form von Interpellationen zu diskutieren. Dies entspricht nicht dem Wesen einer Interpellation. Natürlich werde ich die Anfrage prüfen lassen, ich weiss aber nicht, ob die Rotunde gross genug ist, einer Messe Unterkunft zu bieten.

G.R. Unterwüller interpelliert wegen der Sicherheitsverhältnisse auf der Mariahilferstrasse, besonders in der Nähe des Gürtels.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Interpellation der Polizeidirektion zur Kenntnis bringen und das Ersuchen um Abhilfe stellen.

G.R. Dr. Danneberg interpelliert den Bürgermeister wegen einer in einer früheren Gemeinderatsitzung eingebrachten Anfrage, betreffend die Erhöhung des Schicht- und Akkordlohnes der Holzarbeiter und fragt, welche Schritte in dieser Angelegenheit unternommen wurden.

BGM. Dr. Weiskirchner: Das Ansuchen der Haaswalder Holzarbeiter wegen Erhöhung der Holzhauerlöhne wurde im Stadtrate im Sinne der Wünsche der Arbeiterschaft erledigt. Wegen der Kranken- und Unfallfürsorge sind Verhandlungen im Zuge. Die Regelung der Vergebung der Holzschlägerarbeiten wird im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft erfolgen und werden die diesbezüglichen Anträge gelegentlich der jetzt vorzunehmenden Neuvergebung der diesjährigen Holzschlägerungen im Stadtrate vorgelegt werden.

G.R. Rumelhart weist darauf hin, dass Zeitungsberichten zufolge, der Staatskanzler einer Abordnung des Verbandes der Ostlichen Juden in Wien die Versicherung gegeben hat, dass sich die Ausweisungsregeln keinesfalls gegen die seit Kriegsbeginn in Wien befindlichen Flüchtlinge aus dem Osten richtet. Sollte diese Aeusserung auf Wahrheit beruhen, dann muss im Namen der bodenständigen Wiener Bevölkerung Wiens auf das Grösstenste gegen die Auffassung des Herrn Staatskanzlers in dieser Frage Stellung genommen werden. Er fragt, ob der Bürgermeister gewillt ist, bei der Staatsregierung die nötigen Schritte zu unternehmen, damit die Ausweisung aller polnischen Flüchtlinge aus Wiens ohne Rücksicht, ob dieselben Häuser oder Geschäfte erworben haben, oder sonst einen Beruf ausüben, ehestens erfolge.

BGM. Dr. Weiskirchner: Wie schon der Herr Fragesteller selbst bedingungsweise sagt, „wenn der Herr Staatskanzler gesagt hat“, so müssen wir uns dessen erst vergewissern und wir müssen wissen, was der Begriff „Ostjuden“ beinhaltet.

G.R. Schäfer stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt sei, dem Stadtrate den Antrag zu unterbreiten, zur Unterstützung der hinterbliebenen Witwen, Waisen oder der sonst auf das Einkommen der infolge der Ausschreibungen am Gründonnerstage gefallenen Sicherheitewachleute, angewiesenen Angehörigen einen Beitrag flüssig zu machen und ob der Bürgermeister geneigt sei den länger dienenden Angehörigen der Volkwehr nach ihrem Aussitte aus dieser ein Anrecht auf die Übernahme in den Kommunaldienst zu gewähren.

BGM. Dr. Weiskirchner bemerkt, dass bezüglich des ersten Teiles der Anfrage bereits ein Antrag des Stadtrates auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht und dass er den zweiten Teil der Anfrage als Antrag behandeln und der geschäftsartigen Behandlung zuführen werde.

G.R. Unterwüller stellt folgende Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Magistrat anzuweisen zu wollen, die zur Durchführung des Antrages des G.R. Frass betreffend eine Denkschrift zu Gunsten der Privatangestellten etwa noch notwendigen Vorarbeiten derart beschleunigen zu wollen, dass ehestens der Gemeinderat zu der ganzen Angelegenheit Stellung nehmen kann?

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich kann nur mitteilen, dass die diesbezügliche Denkschrift von Magistrat verfasst ist, dem Stadtrat vorgelegt wurde und von demselben in einer der nächsten Sitzungen behandelt werden wird.

G.R. Weber, Löttsch und Iser verweisen in einer Interpellation auf die in der heutigen Arbeiterzeitung erschiene Notiz „Lebensmittelbeschlagnahme durch die Gemeinde Wien“ und stellen an den Bürgermeister die Anfrage, 1. Ist er bereit zu veranlassen, dass aus der Mitte des Gemeinderates ein Komitee eingesetzt wird, das die erwähnten Fälle unverzüglich untersucht und ausserdem bei allen Wr. Marktämtern eine Überprüfung in der Richtung vornimmt, ob die Beschlagnahmen, der staatlichen Bewirtschaftung unterliegenden Lebensmittel an die einzelnen Zentralen vorschriftsmässig ab-

geführt worden sind? - 2. Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu tun, um solche aufreizende, die Bevölkerung im höchsten Grade beunruhigende Vorgänge für die Zukunft hinauszuhalten?

BGM. Dr. Weiskirchner: Auch ich halte es für vollkommen richtig, dass, wenn die in dieser Zeitungsnotiz gerügten Verkäufe von Orangen des Wr. Marktamtes oder des Magistrates vorgenommen worden wären, dies geeignet wäre, das Ansehen der Gemeinde Wien zu schädigen; ich würde hiegegen umsomehr auf das schärfste einschreiten, als ein solches Vorgehen gegen alle meinen Weisungen und gegenständlichen Instruktionen verstossen würde. Zum Gegenstande selbst übergehend muss ich vor allem bemerken, dass sich die Zeitungsnotiz offenbar an eine unrichtige Adresse richtet, denn an der Wiener Vorzollungsgrenze werden Lebensmittel überhaupt nicht durch Organe der Wiener Marktpolizei beschlagnahmt, sondern ausschliesslich durch solche staatlicher Aemter insbesondere der Linienverzehrungsämter oder des Ernährungsaufsichtsdienstes. Soweit dann solche sichergestellte unentbehrliche Bedarfsgegenstände dem Magistrate oder dem Magistratischen Bezirksamt zur weiteren Amtshandlung übermittleit werden, dürfen nach der Instruktion nur dem raschen Verderben unterliegende Lebensmittel - aber auch solche nur in geringen, genau umschriebenen Mengen - auf den nächstgelegenen Märkten unter marktamtlicher Aufsicht oder an die nächstgelegene Kriegsküche verkauft werden, wobei ausdrücklich der Verkauf solcher Lebensmittel an Angestellte des Magistrates, der Polizei oder Finanzwache verboten worden ist. Leicht verderbliche Lebensmittel in grösserer Menge und alle sonstigen unentbehrlichen Bedarfsgegenstände müssen, soweit sie nicht etwa von den Bezirksämtern für verfallen erklärt werden, der Magistratsabt. IX zur förmlichen Anforderung zur Verfügung gestellt werden; diese fordert dann diese erwähnten Bedarfsgegenstände nach den Weisungen der in Betracht kommenden Staatsämter zu Gunsten der bestehenden Zentralen oder der einzelnen Bezirkswirtschaftsämter oder der Kriegsfürsorgezentrale an und übermittleit Ausfertigungen der einzelnen Anforderungserkenntnisse den in Betracht kommenden Staatsämtern und Zentralen, sodass diese stets Einblick über die Verwendung der angeforderten Bedarfsgegenstände haben. Von den in der Zeitungsnotiz erwähnten Fällen und von einem Dienststück mit der Geschäftszahl 31693/18 ist der Magistratsabteilung IX nichts bekannt. Um die angeführten Fälle jedoch weiter verfolgen zu können ersuchte ich die Herren Interpellanten, die näheren Angaben und insbesondere den in der Notiz erwähnten Ausweis der Magistratsabteilung IX bekannt zu geben wollen. Zum Schlusse will ich noch betonen, dass die Bevölkerung volle Berechtigung über die Verwendung solcher beschlagnahmter Lebensmittel haben kann, welche dem Wiener Magistrate zur Verfügung gestellt werden. Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Über Antrag des G.R. Hellmann wird ein Zuschusskredit von K 126.000.- für Einsammlung und Abfuhr des Hauskehrichtes bewilligt.

G.R. Dr. Haas legt die Vorschläge pro 1919 der städt. Patronatskirche St. Othmar unter den Weißgerbern und Maria Geburt im III. Bezirke vor, welche genehmigt werden.

Vize-Bürgermeister Hoss übernimmt den Vorsitz.

STR. Vaugoin legt die Anträge über die Massnahmen zugunsten der Angestellten der Gemeinde Wien vor, die die Gehaltserhöhung und Teuerungszulagen der aktiven Angestellten und der Lehrpersonen der Gemeinde und der Unternehmungen, deren Einteilung in Gruppen, ferner die Erhöhung der Pensionisten bezüge und der Versorgungsgenüsse der Hinterbliebenen der städtischen Angestellten beinhaltet und eine dauernde Beladungspost von 34 Millionen Kronen, ferner als vorübergehend an Teuerungszulagen 54 Millionen Kronen und einen einmaligen Aufwand von 10 Millionen Kronen zur Errichtung einer Einkaufsstelle für Lebensmittel und Bedarfsartikel darstellen. STR. Vaugoin berichtet weiters über die neue allgemeine Dienstordnung für die Ange-

stellten der Gemeinde Wien, die sich auf alle Personen mit Ausnahme jener erstreckt, die mittels Kollektivvertrag an die Gemeinde gebunden sind.

Nach der Vorlage wird für eine Personalvertretung, die aus jeder Ständekategorie nach dem Proporzwahlrecht gewählt wird, und für eine ständige Personalkommission vorgesehen, welche letztere aus 11 Mitgliedern des Gemeinderates und 10 Mitgliedern des Beamtenverbandes zusammengesetzt ist und in allen Personalangelegenheiten die Vermittlung zwischen den Angestellten und dem Stadtrat zu bilden hat. Diese beiden Vertretungen sind für den Schutz und das Interesse der Angestellten gedacht. Die Vorlage regelt die Quartiergeldentschädigung bei Naturalwohnungen, bestimmt die Uebersiedlungsbeiträge und enthält unter anderem auch die Bestimmung, dass über Antrag der Personalkommission nach Ableistung der vorgeschriebenen Dienstzeit mit dem 60. Lebensjahre die Versetzung in den bleibenden Ruhestand von amtswegen erfolgen kann. Weiters enthält sie Bestimmungen über die Versorgung von durch Unfall verunglückten Angestellten und erhöht die Bezüge der Hinterbliebenen in solchen Fällen. Sie verlängert die Erholungsurlaube und sichert den Beamten das passive Wahlrecht in der Gemeindervertretung, sowie der Immunität zu. Die Beschränkung des Wohnsitzes ist aufgehoben, die Einholung/einer Bewilligung für Nebenbeschäftigungen. Auch die Disziplinarstrafmittel sind grösstenteils erleichtert.

Als drittes Referat berichtet SR. Vaugoin über die Abänderung der Gebührenvorschriften, die nach der Vorlage in Zeit-, Zeitaufwands-, Weggebühren- und Reisegebühren zerfallen und eine Erhöhung der bisherigen Entschädigungen beinhalten. Zum Schluss des Referates dankt der Referent den Vertretern des Magistrates für die ausserordentlichen Verdienste, die sie beim Zustandebringen dieses Werkes erwarben, gedenkt insbesondere des Personalreferenten Magistratsrates Dr. Hartl, des Magistratsdirektors, des Obermagistratsrates Dr. Müller, des Magistratsrates Gmeiner, der sich um die Dienstpragmatik besonders verdient machte und der Magistratssekretäre Dr. Grätzer, der bei der Gruppeneinteilung mitwirkte und Dr. Körner, der das Gebührennormalschuf. Auch der Gemeinderat kann mit diesen Herrn voll zufrieden sein, denn sie haben die Interessen der Gemeinde Wien gewahrt und den Beamten ein Entgegenkommen gezeigt, das von diesen auch gewürdigt werden wird.

G.R. Bedlak betont, dass die Beamten der Stadt Wien ihre Pflicht in schwierigster Zeit erfüllt haben und dass ihre Leistungen ein Ehrenblatt in der Geschichte der Stadt sein werden. Anträge, wie sie heute an der Tagesordnung stehen hatten früher immer ein gewisses Odium in sich umso mehr, wenn Neuwahlen vor der Türe standen. Den heutigen Anträgen scheint das Odium genommen zu sein. Redner begrüsst die Anträge weist aber darauf hin, dass durch die in Verhandlung stehende Vorlage Missetimmung geschaffen werden könnte, da die Stadtbuchhaltungsbeamten in einzelnen Punkten nicht recht gewürdigt erscheinen. Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag bezüglich der Gruppeneinteilung für die Buchhaltungsbeamten sowie einen Antrag betreffend die Erhöhung der Zulagen von 1200 bis 2000 Kronen auf 2000 bis 2400 Kronen.

G.R. Schmitz bezeichnet, das Zustandekommen dieses schwierigen Vertrages als einen Raum für die Beamten die mitberaten haben und für die Kollegen im Gemeinderate die in diesem Komitee in besonderer Weise mitarbeiten konnten. Wir haben von unserem Standpunkte den Beamten und Angestellten jederzeit besondere Berücksichtigung zuteil werden lassen. Wir haben im Beamtenstande stets ein Stück des Mittelstandes gesehen, und ihn die Funktion der Vermittlung und der Mitarbeit an der Selbstverwaltung durch die freigewählten Vertreter des Volkes zugeordnet. Diese mittelständische Stellung die der Angestelltenschaft eigentümlich war, hat durch den Krieg eine große Einbuße erlitten. Während des Krieges haben sich die Einkommenverhältnisse der einzelnen Schichten der Bevölkerung in einer derartigen Weise verschoben, daß die Festbediensteten in ganz ausser ordentlichen Weise darunter zu leiden hatten. Es kamen Fälle so grosser Natur vor, daß 15-jährige ungelernete Burschen in einem Kriegsbetriebe 9500 Kronen im Jahr beziehen konnten, während zur selben Zeit hochqualifizierte Beamte und Angestellte nicht in der Lage waren, ein entsprechen des Einkommen zu erreichen. Diese Verschäbung der Einkommenverhältnisse hat naturgemäß auch auf die soziale Stellung der Beamten und Angestellten zurückgewirkt. Die Vorlage ist ein Versuch diese Verschiebungen wieder einigermaßen aufzuheben und den Beamten und Arbeitern soweit es überhaupt möglich ist, heute schon jene wirtschaftlichen Grundlagen zurückzugeben, die zum großen Teil ~~dem~~ vor dem Kriege und Vermögensverschiebungen gehabt haben. Leider ist ein nicht kleiner Teil der Bevölkerung mit einer gewissen Gleichgültigkeit den Forderungen der Beamtenschaft gegenüber gestanden. Es mag vielleicht die Verbürokratisierung unserer Beamten und Angestelltenschaft mitgespielt und die ganze Entwicklung unseres Aemterwesens in der liberalen Periode dazu beigetragen haben daß die innige Fühlungnahme zwischen Beamten und anderen Volksschichten gelitten hat. Als die christlichsoziale Partei heraufgekommen ist, hat sie diesen Druck des rationalistisch denkenden Liberalismus von der Beamtenschaft genommen, sie hat einerseits der Beamtenschaft jederzeit als Mittelstand anerkannt, andererseits aber alles getan, um das Verständnis zwischen den einzelnen Schichten der Bevölkerung im allgemeinen so auch zwischen der Bevölkerung im ganzen und der Beamtenschaft in besonderen wieder herzustellen. Die proletarisierende Tendenz, die sich während des Krieges zum Schaden unserer öffentlichen Angestelltenschaft ausgedrückt hat, hat es der Sozialdemokratie und den Kommunisten und anderen sozialistischen Sekten erleichtert, nunmehr ihre ganze Agitationskraft auf die Beamtenschaft zu werfen. Die Beamtenschaft hat bis in die jüngste Zeit herauf nicht viele Mitläufer der Sozialdemokratie geliefert.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Nicht liefern dürfen, sonst wären sie hinausgeschmissen worden!

Gegenrufe bei den Christlichsozialen: Warum die Aufregung?

Rufe bei den Sozialdemokraten: Da mußte erst die Revolution kommen.

Gegenrufe bei den Christlichsozialen: Seid nur mit der Revolution recht vorsichtig! Der Falgen ist für euch schon gerichtet!

G.R. Fölger: Da hängen dann aber andere darauf.

G.R. Schmitz: Die Beamtenschaft hat schon deshalb mit den Sozialismus keine besondere Verbindung gehabt, weil die materialistische Weltanschauung des Sozialismus keinen Raum für eine entsprechende Würdigung geistiger Arbeit hat. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen) Leute Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten).

Wenn Sie mir das bestreiten, so erlauben Sie mir, da auch einen Ihrer Genossen zitiere. Max Beer der in sozialwissenschaftlichen Verlag in Berlin ein Buch über Karl Marx hat erscheinen lassen, das Marx

besonders im dritten Band des „Kapitals“ der organisierten Tätigkeit des Beamten, des Intellektuellen überhaupt eine ganz geringe Bedeutung zumist gegenüber der rein manuellen Arbeit. Max Beer antwortet darauf, „Es scheint mir unmöglich zu sein, die Ansicht von der Hand zu weisen, daß die Mehrwerttheorie eher die Bedeutung eines sozialistischen und politischen Schlachtrufes“ - sonst sagt man Wahlmanöver - „als die einer ökonomischen Wahrheit hat“. . . . . Die größte Schwierigkeit bei Marx ist, daß er die Erfinder und Entdecker, die Chemiker und Physiker, die industriellen Pioniere und Organisatoren nicht als produktive Werte schaffende Faktoren betrachtet. (Hört!) All dieses Arbeiten und Schaffen, daß eine unmeßbare Menge intensiver geistigenanstrengung erfordert, soll keine Werte erzeugen“. Die hier kritisierte Grundauffassung des Sozialismus hat von vornherein immer eine Kluft zwischen Intellektuellen auf der einen und Sozialismus auf der anderen Seite bestehen lassen. Bei uns in Deutschösterreich besteht noch die andere Kluft, daß die arische Intelligenz im Sozialismus noch keinen Platz gefunden hat. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen, Gegenrufe bei den Sozialdemokraten.) Es haben heute noch die Beamten und Angestellten alle Ursache die Lockrufe der Sozialisten, Kommunisten u.ä.w. mit großer Vorsicht aufzunehmen denn Sozialismus steckt etwas drinnen was heute von ihnen aus begrifflicher Sorge um das persönliche Wohl der führenden Leute der Sozialdemokratie immer geleugnet wird, es steckt in ihnen doch der Kommunismus und Bolschewismus. (Beifall und Zwischenrufe.) Es steckt im Sozialismus eine nivellierende Tendenz sie wollen keinen geistig arbeitenden Mittelstand, sie wollen daß, was wir Persönlichkeit nennen, sich nicht mehr von einander unterscheidet, die Radikalen wollen an Stellen der bisherigen Herrschaft des Großkapitals die Herrschaft einer Partei setzen. Wir stehen auf dem Standpunkte das der ganzlich ungelernete Hilfsarbeiter zu seinen vollen Rechte kommen muß, wir stehen aber auch auf dem Standpunkte, daß der ungelernete Arbeiter dann doch noch eine andere Beurteilung braucht als bloß die Gleichstellung. Derselbe Grundsatz gilt auch bei den Beamten und Angestellten. Es soll die Vorbildung die sich einer erworben hat, auch als Arbeit gewertet werden. (Beifall und Zwischenrufe.) Wenn sie nicht dieser Meinung sind lassen Sie einen Teichgräber mit den Präsidenten Seitz Ihren Posten tauschen. (Zwischenrufe.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Grundsatz „Freie Bahn den Lichtigen“ nunmehr auch mit voller Schärfe durchgeführt werden soll. Ich beantrage folgende Resolution: Der Gemeinderat fordert, die Regierung auf, zu veranlassen, daß die veraltete Bestimmung ebstens ausser Kraft gesetzt wird, die einem in öffentlichen Dienste stehenden Beamten und Angestellten die Fortsetzung des Studiums und die Ablegung von Prüfungen an Hochschulen erschwert und unmöglich macht. - Der Redner beantragt weiter folgende Resolution: Der Gemeinderat beschließt, daß bei Besetzung von Maschinisten - und Maschinmeisterstellen für welche die Maschinistenprüfung vorgeschrieben ist, in erster Linie Anwärter aus dem Stande der städt. Maschinisten zu berücksichtigen sind. - Bezüglich der in verschiedenen Paragraphen vorgesehenen Personalvertretung, die aus den Fachvereinen zu wählen sind, verlangt der Redner angesichts der teräristischen Versuche, die Sicherstellung der Koalitionsfreiheit. Schließlich beantragt der Redner, daß auch für das Mandat eines Bezirkerates einem städt. Angestellten die entsprechend freie Zeit und gewisse Immunität gewährt wird. Der Redner schließt: Ich will hoffen, daß die sozialistischen Versuche, die nichtsozialistischen und nicht kommunistischen Beamten und Angestellten um ihr Koalitionsrecht zu bringen und zu vergewaltigen, scheitern und daß unsere Gemeindevertretung und Verwaltung bleibe, was sie nach dem Grundgesetz sein soll, eine freie Gemeinde im freien Staate. (Großer Beifall rechts.)

GR. Breitner: Die grossen Umwälzungen der letzten Zeit haben endlich gewirkt, dass auch den Angestellten der Stadt Wien jene Rechte wurden, die allen anderen bereits gewährleistet sind. Durch 22 Jahre hindurch wurde ein Missbrauch mit der Koalitionsfreiheit seitens der christlichsozialen Mehrheit betrieben, es ist eine Schmach, dass Personen, welche einer anderen Partei als der herrschenden angehören, nicht angestellt wurden. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Rufe: Unwahr! auf den Bänken der Christlichsozialen) Eine Knebelung der Gewissenfreiheit, wie sie gemeiner und schmachvoller nicht gedacht werden kann! Ob Lehrer oder Strassenbahner, es bedeutete eine Vernichtung der Existenz, wenn er sich nicht für die herrschende Partei erklärte. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten).

Noch im Jahre 1917 fand bei der Zentralsparkasse eine Disziplinarverhandlung gegen einen Beamten statt, der beschuldigt war „die Beamtenschaft in eine Organisation zu führen, welche die Aufgabe haben soll, die Beziehungen zwischen der Leitung der Anstalt und der Beamtenschaft zu klären.“ Es wurde ihm ferner vorgeworfen, dass seine Umtriebe ausgesprochenen sozialistischen Charakter zeigen. (Hört! Hört! Rufe bei den Parteigenossen.) Die Strafe war ziemlich milde. Er wurde strafweise versetzt, aber die Folge war, dass dieser Beamte, der bei seinem Dienste in der Zentralsparkasse als unentbehrlich entoben war, infolge der Versetzung am nächsten Tage einrücken musste. Er war also bedingungsweise zum Tode verurteilt und es war ein Zufall, dass er mit graden Gliedern zurückkam.

Kaum war die sozialdemokratische Partei in einer gewissen Stärke in diesem Saale eingezogen, als schon von ihnen der Antrag gestellt wurde, ein Komitee einzusetzen, welches im Verein mit den Vertretern der Beamten eine Neuordnung der Bezüge und der Dienstordnung vornehmen soll. Im Laufe der Verhandlungen wurden die Forderungen der Angestellten etwas herabgedrückt, aber nicht deshalb, weil sie zu hoch waren, sondern weil Rücksicht auf die Finanzen der Stadt Wien genommen werden musste. In einer Zeit, in der 1 kg Mehl 5 Kronen, 1 kg ~~40~~ 40 Kronen kostet, . . . . . (Rufe bei den Christlichsozialen: Daran sind Ihre Zentralen schuld!) Gegenrufe der Sozialdemokraten: Sie waren die Kriegshetzer und Kriegsverbrecher!

GR. Beer: Es hätte nicht zu einem Krieg kommen müssen.

GR. Rummelhart: Tschaperln, die heute noch nicht wissen, warum der Krieg ausgebrochen ist; das zeigt von einer Rückständigkeit der geschichtlichen Kenntnisse.

GR. Dr. Hemala: Rücken sie bei der Roten Garde in Ungarn ein.

WB. Rain schafft endlich Ruhe und ~~a~~

GR. Breitner setzt fort: Lediglich die Rücksicht auf die ausserordentlich schlechte Finanzlage der Stadt Wien hat das Komitee bestimmt, die Forderungen der Angestellten zu ermässigen. Es ist doch besser, wenn die Angestellten einen bestimmten, wenn auch nicht sehr hohen Lohn bekommen, als dass sie Angestellte einer benkerotten Gemeinde sind.

GR. Rummelhart: Jetzt auf einmal kommen Sie darauf.

GR. Breitner: Der Voranschlag 1919/20 wird mit einem Defizit von 250 Millionen Kronen - Wenn die Tarife der Strassenbahnen und der anderen Unternehmungen beibehalten würden, was nicht möglich ist . . . . . (Lebhafter Zwischenrufe der Christlichsozialen, auf welche die Sozialdemokraten erwidern: Ja so habt Ihr gewirtschaftet).

GR. Breitner: Es hat eine Zeit gegeben, in der eine Knäuserigkeit der Gemeinde gegenüber den Angestellten nicht notwendig gewesen wäre. Im Jahre 1915 als schon die Preise auf das 3 bis 4 fache gestiegen waren, da gab man den Angestellten eine Zulage von 9 Kronen monatlich und 3 Kronen für das Kind, aber nur, bis zu einem Höchsteinkommen von 3000 Kronen. Monat für Monat mussten die Gehaltsvorschüsse gestundet werden, die öffentlichen Einnahmen überhand, der Gemeinde war es also nicht unklar, in welcher Lage sich die Angestellten befanden. Es ist für uns eine Genugtuung, dass wir ein weiteres Unrecht, dass die Gemeinde einem Teil ihrer Angestellten, den Lehrern zugefügt hat, gutmachen. Die Lehrer waren unter den Christlichsozialen immer schlechter gestellt als die Beamten. Es ist dies ein Sinnbild der bildungsfeindlichen Haltung der ehemaligen Majorität. (Ironisches Gelächter der Sozialdemokraten) Die Sozialdemokratie hat schon von allem Anfang an für die Bildungsmöglichkeit der grossen Massen gewirkt, sie wird auch in Zukunft als ihre Aufgabe betrachten, die Lehrer der Allgemeinheit des Volkes dienstbar zu machen. Die Lehrer werden mitzuwirken haben an der Schulreform, wir werden die Schule modern ausgestalten und wir brauchen hierzu Menschen, die ihre Pflicht freudig erfüllen und das sind nur solche, welche satt zu essen haben.

Wichtige Aufgaben fallen den Angestellten durch die neue Dienstordnung zu. Wir werden mitzuarbeiten haben an einer Verwaltungsreform, die wir dringend brauchen. Der Dienstauss so gestellt werden, dass die Bevölkerung nicht mit Furcht an die Beamten herantritt. Es müssen neue Verhältnisse angebahnt werden und die Angestellten werden an den kommenden Reformen hervorragender Anteil haben. Wir sind nicht in der angenehmen Lage, wie die provisorische Mehrheit in diesem Saal, aber unsere Angestelltenfreundlichkeit stammt nicht erst seit dem 16. Februar, sie hängt mit der Geschichte der Partei zusammen. Wenn eine Scheidung versucht worden ist zwischen den manuellen und den geistigen Arbeitern, so ist das nicht uns zuzuschreiben. Wir behandeln die Arbeiter nach ihren Leistungen. Wenn sich die Arbeiter freiwillig einreihen in die grosse Armee der arbeitenden Menschen, so werden sie willkommen sein, wenn sie mitwirken wollen an dem grossen Werke der Kommunalisierung und wenn sie helfen wollen, eine neue Ära einzuleiten. Wir werden immer für die Angestellten eintreten und daher auch den vorliegenden Anträgen zustimmen.

G. W. Eilend beantragt den Schluß der Debatte.

V. B. Rain unterbricht die Debatte zur Erledigung eines Hunderters Stückes und übergibt den V. B. Reumann den Vorsitz.

V. B. Rain berichtet über das Abfindungsübereinkommen hinsichtlich der Gemeindeabgabe von Wein, Weinmost, Obstmost, Obstwein u. s. w. für die ausserhalb des Verzehrungssteuerverbietes gelegenen Gemeindegebiete. Mit Wirksamkeit von 1. Mai 1919. Der Antrag des Referenten wurde angenommen.

V. B. Rain übernimmt wieder den Vorsitz. V. B. Reumann beantragt, dem Wr. Konzertverein und dem Verein Wr. Tonkünstlerorchester zur Ermöglichung der Erhaltung ihres gemeinsamen Sinfhonorchesters während der Sommermonate eine ausserordentliche Subvention von 50,000 Kronen zu bewilligen. (Angenommen).

Hierauf wird die Debatte über die Beamtenvorlagen fortgesetzt.

G. K. Anfermayr: Die Sozialdemokraten haben sich ausserordentlich aufgeregt und die christlichsoziale Partei beschuldigt, daß sie während ihrer Herrschaft die Koalitionsfreiheit verhindert und einen Terrorismus ausgeübt habe. Mir ist nichts davon bekannt. Und wenn seinerzeit einmal von der christlichsozialen Partei verlangt wurde, daß die Beamten der Stadt Wien bei ihrem Eintritt in den Dienst der Gemeinde keiner sozialdemokratischen Organisation angehören durften, so ist das in jener Zeit erklärlich. Die Sozialdemokraten haben nie darauf ein

Behl gemacht, daß sie eine republikanische Partei sind und damals befanden wir uns in einem monarchischen Staate. Es war daher Pflicht der Stadt, staatsfeindliche Elemente fernzuhalten. Wenn ferner Kollege Breitner meint, daß die Gemeinde bis jetzt knäusrig gewesen ist, und die Zeit vergehen liess um die Angestellten besser zu stellen, so scheint er zu übersehen, daß die seinerzeitigen Aufbesserungen im Rahmen des Budgets geschehen sind und daß die damals zugewendeten Beträge wäntaus ausgiebiger gewesen seien als die heutigen Gehaltsverbesserungen. Kollege Breitner hat auch darauf hingewiesen, daß die ~~erhöhten~~ im Jahre 1915 erfolgten Erhöhungen von 9 Kronen und von 3 Kronen für jedes Kind keinen materiellen Vorteil gebracht hätten. Dem gegenüber habe ich zu bemerken, daß zu jener Zeit keine einzige öffentliche Körperschaft daran dachte, ihren Angestellten Teuerungszulagen zuzugestehen. Die Gemeinde Wien hat damals prinzipiell die Notwendigkeit von Teuerungszulagen anerkannt und war bahnbrechend, daß auch der Staat seinen Anfangs eingenommen Standpunkt gegen die Teuerungszulagen geändert hat. Wir haben uns immer bei den Zuschlägen gesagt, und ich habe immer von diesen Plätze aus den Standpunkt vertreten, daß mit den Zulagen den Angestellten nicht geholfen werden kann, da keine dieser ~~Ursachen~~ imstande war die Differenz der Preise zwischen Frieden und Krieg auszugleichen. Wir haben aber immer die Bedeckung gesucht und da war es ihre Partei die das Prinzip verfolgt hat, alle Zuwendungen als Bettel hinzustellen, aber sie haben jederzeit die Bedeckung für diese Bettel verweigert. Es ist auch von Kollegen Breitner wegen Verletzung der Koalitionsfreiheit seitens unserer Partei ein Fall herausgegriffen worden, der sich in der Zentralsparkassa abgespielt hat. Mit Parteipolitik hat dieser Fall nichts zu tun. Der Beamten hatte einen Groben Fehler getan, er drohte interne Vorgänge die unter dem Dienstgeheimnis standen der Öffentlichkeit zu geben. Das hat mit der politischen Gesinnung nichts zu tun, er wurde damals in Disziplinaruntersuchung gebracht. Die beiden Beamten aber, die er vor Gericht zitierte wurden freigesprochen. Wenn Kollege Breitner gemeint hat, daß die sozialdemokratische Partei sich nicht um die politische Gesinnung kümmern werde, sondern nur nach der Verwendbarkeit die Beamten beurteilen wolle, so freut es mich, und ich wünsche dies der Beamtenschaft aus vollem Herzen. Doch fehlt mir der Glaube. Das bisherige Verhalten der Sozialdemokraten gegenüber der Fixangestellten spricht aber ganz anders., speziell bei der Wahl der Betriebsräte wo vorgeschrieben wurde, daß diese Sozialdemokraten oder Kommunisten sein müssen. Ich habe mir die Sache anders vorgestellt. Sie aber sprechen auch jeden das passive Wahlrecht ab der sich nicht zur Sozialdemokratie versteht. Die schönen Worte von politischer Freiheit die sie sich zu Grun e gelegt haben, glaube ich hat auch die Beamtenschaft gehört. Aber sie wird bald darauf kommen, daß auch in diesem Punkte wie immer, zwischen Theorie und Praxis bei den Sozialdemokraten ein Unterschied gemacht wird.

Der Betrag von 88 Millionen Kronen, der aufgewendet werden muss, kann in der Öffentlichkeit sehr leicht irriige Meinungen hervorrufen. Und ich habe schon heute gehört, dass man der Beamtenschaft den Vorwurf gemacht hat, dass sie unbescheiden in ihren Forderungen gewesen sein sollen und dass die Gemeindeverwaltung leichtsinnig gewesen sei in der Bewilligung. Das ist nicht richtig, sondern der Betrag richtig sich vielmehr nach der grossen Zahl der Angestellten. Der Beamtenschaft steht es aber nicht zu und sie verabscheut es, jene Mittel anzuwenden, die der organisierten Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, die Mittel der Gewalt. Die Gemeinde befindet sich bei Bewilligung dieser Mittel auf einem unrichtigen Wege und es ist schon seinerzeit im Gemeinderate darauf aufmerksam gemacht worden, dass mit den Teuerungszulagen und mit Lohnerhöhungen nicht geholfen werden kann,

wenn nicht Lebensmittel und Bedarfsartikel den Angestellten zugewendet werden können. Das aber steht nicht in der Macht der Gemeinde, und auch die früheren Regierung wurde der Vorwurf gemacht, dass sie nicht für die Versorgung der Angestellten mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln sorgte. Aber auch die jetzige Regierung ist nicht imstande gewesen, das Uebel an der Wurzel auszurotten ( sehr richtig ) trotz aller gegebenen Versprechungen ( Rufe bei den Sozialdemokraten: Es sitzen ja auch Christlichsoziale in der Regierung ) . Das, was die Bevölkerung von der Sozialdemokratie erwartet hat, dass sie auf Grund ihrer internationalen Verbindung und ihres sich angeblich über die ganze Welt erstreckenden Genossenschaftswesens im Stande sein wird den Boykott aufzuheben und Lebensmittel und Rohmaterialien herzubringen ist nicht eingetreten. Wir haben heute das Empfinden gehabt, dass wir einen schrecklichen Winter ( Rufe: Einen sozialdemokratischen Winter ) durchmachen mussten und dass die Sozialdemokraten nicht im Stande gewesen sind ihren tschechoslovakischen Genossen gegenüber, mit denen sie im alten Parlamente Schulter an Schulter gekämpft haben, sagen konnten, sie sollen mit dem Streike aufhören. ( Sehr richtig ) Auch hier zeigt sich der Unterschied zwischen Theorie und Praxis, den wir an unserem eigenen Leibe erfahren mussten. ( GR. Forstner: Sie haben 20 Jahre Praxis geübt ).

Wichtig erscheint der Versuch der Gemeinde, das nachzuholen, was der Staat versäumt hat; sie will Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen verschaffen. Das ist der erste Schritt, dem ich hier dem Gemeinderate ans Herz lege. Der Haushalt der Angestellten muss aufgerichtet werden. Ein weiterer Schritt ist die Abwendung der Gefahr, die den Angestellten durch das Hinaufschnellen der Wohnungspreise bei einer eventuellen Aufhebung des Mieterschutzgesetzes droht. Auch die Aktion für die Heilkehrer ist eine sehr wichtige Angelegenheit und es wird Sache des kommenden Gemeinderates sein, in dieser Frage eine befriedigende Lösung zu finden.

Redner spricht sich gegen die Anträge des GR. Sedlak aus, da es nicht angehe, an den vorliegenden Entwürfen etwas zu rütteln. Er weist auch die Meinung zurück, dass es der christlichsozialen Partei darum zu tun gewesen sei, die in Verhandlung stehenden Vorlagen vor den Wahlen erledigen zu lassen und betont, dass es der Wunsch der Angestellten gewesen sei, die Vorlagen noch in diesem Monate und von diesem Gemeinderate erledigt zu wissen. Nun liege es bei den Sozialdemokraten den Angestellten die Lebensmöglichkeit zu geben und Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, dass für sie etwas geschehen wird.

GR. Wabriele Walter hebt hervor, dass die Vorlage die langersehnte Gleichstellung der Lehrerinnen mit den Lehrern zur Wirklichkeit macht und dankt dem Referenten GR. Vaugoin für seine Arbeiten im Interesse der Angestellten.

GR. Beermann: Man sollte nicht glauben, dass eine solche Vorlage zu Wahlagitatorischen Reden Anlass geben kann. GR. Schmitz hat sich darüber beklagt, dass die sozialdemokratische Partei Terror übt und unduldsam ist. Nun stelle ich fest, dass aus dem Jahre 1912 ein Erlass des Direktors Spängler vorliegt, der sagt, dass es allen Angestellten der Gemeinde verboten ist, den Reichsverein der in Gemeinde und öffentlichen Diensten Angestellten als Mitglied anzugehören oder tätig zu sein. Die Nichtbeachtung dieses Verbotes wird als Dienstvergehen angesehen. Auch später im Jahre 1914 hat über eine Beschwerde eines Gemeinderatskollegen VB. Hoss erklärt, ein Sozialdemokrat verdiene es nicht, dass wir ihn gleich behandeln, weil wir internationale Lehrer nicht brauchen können ( Rufe: Hört! ) aber er muss ein guter Patriot sein. ( VB. Hoss: Ein Patriot, ein guter Oesterreicher muss er sein ). Sie haben kein Recht über Ungerechtigkeiten zu

sprechen, da sie ihren Beamten ihre Parteigesinnung aufoktruieren wollen.  
( Sehr richtig ! )

VB. Rain ermahnt den Redner zur Sache zu sprechen.

GR. Beermann: Die Erhöhung der Gehalte ist keine grosse, aber die christlichsoziale Partei hat ihr Herz für ihre Angestellten viel zu spät entdeckt ( Sehr richtig ! ) Sie haben in Friedenszeiten den Strassenbahnern nicht mehr als 80 bis 90 Kronen im Monat bezahlt. Ihre Beamten haben nicht erst den Krieg gebraucht, um Hungern zu müssen. ( GR. Breuer: Aber plauschen Sie doch nicht! ). Sie haben den Beamten von Wahl zu Wahl einen Bröckchen hingeworfen. Die Beamten haben Sie erkannt und es wird Ihnen nichts gützen, wenn Sie einen Unterschied zwischen manuellen und geistigen Arbeiter machen wollen. Die Sozialdemokratie ist die Partei der Intellektuellen ( Rufe: Der Juden! ), denn ein Nicht intellektueller Arbeiter ist kein Sozialdemokrat. ( Rufe: O ho ! ). Sie brauchen der Regierung keine Vorwürfe zu machen, dass das Elend noch nicht beseitigt ist. Auch Sie haben den Gemeinderat so in den Dreck gefahren, dass eine Zeit von 6 Monaten nicht genügt, um ihn wieder heraus zu bringen.

Unser Programm ist nicht von heute und datiert nicht erst seit dem Zusammenbruche, sie aber während mit Händen und Füßen und hoffen noch immer auf die Wiederkehr der alten Verhältnisse die ein derartiges Elend über uns gebracht haben. ( Lebhafter Widerspruch ). Die Greuel des Krieges und die unzähligen Opfer die er erfordert werden eine ewige Anklage auch gegen ihre Partei sein, die an der Spitze gestanden ist beim der Hetze für den Krieg. Sie sind Feinde der Arbeiterschaft gewesen und werden es immer bleiben. ( Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, stürmischer Widerspruch bei den Christlichsozialen. )

VB. Rain: Gestatten sie daß ich abermals die Beratung unterbreche. ( Zwischenrufe zur Beruhigung der Gemüter ! Heiterkeit! )

V.B. Hoss legt nun den Voranschlag der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien pro 1919 vor. ( Angenommen. )

Weitere wird nach einem Bericht des V.B. Hoss die Widmung von 20.000 Kronen für die Hinterbliebenen der bei den Ausschreitungen am 17. da. getöteten Wachorgane sowie für die bei diesen Anlasse verwundeten Wachorgane beschlossen.

Frau G.R. Dr. Reitz bespricht die Verhältnisse der im Dienste der Gemeinde Wien stehenden Fürsorgerinnen. Sie wünscht, das diese Beamtinnen, wenn sie Mittelschulbildung und eine 3-jährige Fachbildung genossen haben, ebenso gestellt werden mögen wie die Bürgerschullehrerinnen. Jenen Fürsorgerinnen, welche bis jetzt in selbstloser Weise bei minimaler Vergütung sich in den Dienst der Gemeinde Wien gestellt haben, mögen, wenn sie auch keine Mittelschulbildung haben in Anrechnung ihrer Praxis ebenso behandelt werden, wie jene mit Mittelschulbildung. Es wäre auch zu erwägen, ob nicht jene Fürsorgerinnen welche Hochschulbildung haben so wie die andern mit akademischer Bildung in die erste Gruppe einzureihen wären. Die Rednerin begrüßt mit besonderer Freude die über Initiative der Gemeinderäte Angermayer und Vaugoin zu errichtende Lebensmittel- und Entschuldungsaktion und wünscht daß deren Vorteile insbesondere den Heimkehrern beziehungsweise den Witwen und Waisen der Gefallenen zugute kommen.

Die Beratung wird hierauf neuerlich unterbrochen.

Brgm. Dr. Weiskirchner berichtet über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der Einfuhrgesellschaft für Getreide Futtermittel und Saaten. Er führt aus: Es liegt ihnen heute der Antrag vor, die Gemeinde Wien möge sich an der im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Volksnahrung neu geschaffenen Einfuhrgesellschaft mit einer Stammeinlage von 2 Millionen Kronen beteiligen. Das Uebersinkommen

ist sehr zweckmäßig und geeignet die Übersessenen Importe zu verwerten. Die Kriegesgetreideverkehrs-gesellschaft ist im Status der Liquidation. Der freie Handel verfügt noch nicht über jene Kräfte, um an eine solche Aufgabe mit vollem Erfolge heranzutreten. Die inländischen Vorräte sind erschöpft und es ist leider zu gewärtigen, daß auch die heutige Ernte nicht den Bedarf decken wird und daß wir auch im Jahre 1919 und 20 mit dem Ertrag der Ernte nicht auskommen werden. Es ist auch kaum zu denken, das die neuen Nationalstaaten und in kürzester Zeit mit den Erträgen ihrer Ernte aushelfen werden. Hundert tschechoslowakischen Kronen entsprechen 146 deutsch-österreichischen Kronen. Hierdurch wird unsere Zuckerversorgung schwer gefährdet und ich habe für morgen Nachmittag eine ausserordentliche Stadtratssitzung einberufen um jene Maßnahmen zu beraten, um den für unsere Bevölkerung notwendigen Zucker zu beschaffen.

Es ist wohl unbedingt notwendig, daß sich die Gemeinde an der zu gründeten Gesellschaft beteiligt und durch ihre Vertreter in der Gesellschaft und dem Aufsichtsrate einen gewichtigen Einfluß hat. Ich bitte daher um Annahme der vorgelegten Amträge. Das Stammkapital von 9 Millionen Kronen stellt wohl nur einen Bruchteil des Betrages dar, welcher umgesetzt werden wird. Man erwartet jedoch, daß uns von den ausländischen Firmen ein reichlicher Kredit bewilligt wird.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Hierauf wird die Debatte über die Beamtenvorlage fortgesetzt.

GR. Haider bemängelt in erster Linie, dass die Dienstpragmatik zu spät den Gemeinderäten zugestellt worden sei und es daher nicht möglich war dieselbe eingehend zu studieren. Aber schon bei flüchtiger Durchsicht findet man, dass eine Kategorie nicht so behandelt wurde, wie es sich gehört hätte. Soweit es sich um das Definitivum handelt, so ist für nahezu alle Kategorien eine zweijährige provisorische Dienstzeit in Aussicht genommen, nur für Unterbeamte und Amtsgehilfen wurde eine Ausnahme mit 5 Jahren gemacht. Das ist entschieden ein Unrecht, das mit nichts begründet werden könne und der Gemeinderat müsse auch dieser Kategorie nach zwei Jahren das Definitivum verleihen. Im § 71 der Dienstpragmatik erscheint ausgesprochen, dass dem Personal das Koalitionsrecht gesichert werde. Auch ich teile diese Ansicht, aber ich glaube, dass durch diesen § den Bediensteten ohne Unterschied des Standes und der Partei das Koalitionsrecht noch lange nicht gesichert ist, wenn man seitens der Kollegen von früher unseren Parteiangehörigen das Koalitionsrecht verweigert. Der Redner bespricht einen derartigen Fall aus den Werkstätten der Strassenbahn, wo man es einem Familienvater mit 6 Kindern unmöglich machte, dort seinen Dienst zu verrichten, da er sich weigerte, der Sozialdemokratischen Organisation anzuschließen. Zum Schluss verlangt der Redner, dass auch seitens der anderen Parteien jede Partei beachtet und anerkannt werde und beantragt die Abänderung des Absatzes 24 des § 13 der Dienstordnung behufs Kürzung der fünfjährigen provisorischen Dienstleistung der Unterbeamten und Amtsgehilfen auf zwei Jahre.

GR. Hodi beansprucht insbesondere für die Lehrer volle Freiheit, da sie nur dann im Stande sind, ihren schweren Aufgaben voll gerecht zu werden. und dankt zum Schluss dem Berichtersteller für die gelebte Mühe; ebenso dankt er dem Komitee und der Beamtenorganisation, die durch eine mächtige Versammlung im Prater ihren Wünschen nachgeholfen hat. Er dankte ferner namens der Lehrerschaft, schliesslich auch dem Gemeinderat und betont, dass die neuen Aufwendungen als flüssiges Geld nicht bei jene verbleiben, die sie erhalten, sondern bloss ins Rollen kommen und dass auch jene Kreise davon profitieren werden, die heute durch die Massnahmen betroffen werden.

GR. Ignatz Fischer gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass die Vorlage noch in diesem Gemeinderate erledigt wird. Ebenso begründet er, dass mit der alten Einführung der Diurnisten endlich aufgeräumt wird. Er spricht allen, die an der Vorlage mitgearbeitet haben, den Dank aus.

GR. Marie Schwarz kann sich nicht damit befrieden, dass eine Kategorie von Lehrpersonen in der Vorlage nicht berücksichtigt wurde und weist darauf hin, dass den Lehrerinnen durch die Pensionseinzahlungen nicht das gleiche Recht wie den Lehrern gewährt wird. Sie stellt den Antrag, dass den Kindern einer Lehrerin nach deren Tode die normalmässigen Erziehungsbeiträge zugesprochen werden, wenn sie nicht schon im Genuss eines anderen höheren Erziehungsbeitrages stehen.

GR. Broczyner weist darauf hin, dass die Vorlage das Ergebnis einer langwierigen Arbeit ist, die im vollen Einvernehmen mit der zuständigen Organisation der Angestellten erfolgte, man hätte also nicht annehmen können, dass die heutigen Verhandlungen die Ursache einer politischen Auseinandersetzung sein werden. Die Herren von der Christlichsozialen Partei können aber ihre alte Manier, solche Gelegenheit auszuwerten, nicht fahren lassen. Ich glaube, die städtischen Angestellten sind aber intelligent genug, und haben eine zu lange Erfahrung über das Verhalten der christlichsozialen Partei, als dass sie das Spiel, das mit ihnen getrieben wird, nicht durchschauen würden. Seinerzeit haben die Beamten bei den Gemeinderatswahlen im zweiten Wahlkörper eine grosse Rolle gespielt. Das kommt heute nicht mehr in Betracht. Die Christlichsozialen haben seit jeher die Angestellten der Gemeinde als Angestellte der Partei angesehen. ( Sehr richtig ! ) Darüber muss die städtische Beamten-schaft aufgeklärt werden. Redner kommt nun auf einzelne Ausführungen der Vorredner zu sprechen.

Zum Schluss beantragt G.R. Pfoczina bezüglich der Versicherungsangestellten die der Gruppe II a nur dann angehören, wenn sie Matura haben, auch jene aufzunehmen, die die kaufmännische Vorbildung einer Handelsakademie haben.

G.R. Kunschak: Zur Vorlage selbst habe ich einige Anträge zu stellen. Die Fassung des § 5 halte ich für einen argen Schönheitsfehler. Es heisst dort, daß die Neueintretenden in den Gemeindedienst ihre Unterwerfung ..... schriftlich zu bekennen haben. Der Ausdruck erscheint mir hässlich und beantrage ich folgende Fassung: Der Neueintretende hat schriftlich seine Anerkennung der Dienstordnung zu erklären. Der Paragraph 71 spricht von Koalitionsfreiheit. Ich finde es angebracht, daß verlangt wird daß nicht nur seitens der Vorgesetzten die Koalitionsfreiheit gewahrt wird, sondern auch seitens der Angestellten, da in letzter Zeit nicht nur Vorgesetzte, sondern auch Beamte und Arbeitskollegen die Verweigerung dieses Rechtes praktizierten. Was dem einem recht ist soll auch dem andern billig sein und deshalb hat es in dem Paragraph zu heissen ----- von den Vorgesetzten und auch von den Angestellten. Zu § 76 wo es sich um die Wahlen und den Wahlvorgang handelt, wo aber vergessen ist, festzustellen ob die Wahl öffentlich oder geheim stattzufinden hat, beantrage ich die Einsetzung des Wortes „ geheim“.

Was nun den Vorfall anbelangt, dass unter den Christlichsozialen, Deutschnationalen, eigentlich Alldeutschen, damals Schöner-her und Sozialdemokraten nicht angestellt wurden, so versuche ich mich in den Gedankengang Dr. Luegers hineinzuversetzen. Nachdem er als Bürgermeister einen Eid geleistet hat, dass er und alle Bürger der Stadt des Kaisers, des Herrscherhauses und allen künftigen Angehörigen desselben unbedingte Treue und Gehorsam leisten, so konnte er in konsequenter Anwendung dieses Eides Republikaner, also Leute, welche dem Herrscherhaus diese Treue nicht leisten und Alldeutschen, welche das von Österreich und dem Habsburger Reich predigten, nicht verpflichten, diesen Eid abzulegen. Ich will damit nur den Standpunkt Dr. Luegers zu erklären versuchen, ohne mich mit ihm zu identifizieren. Übrigens hat Dr. Lueger in seinen letzten Lebensjahren sich von diesem Standpunkt ganz losgesagt, ich weise sogar, dass er bewusst Sozialdemokraten in den Dienst der Gemeinde Wien gestellt hat.

Die Affäre der Strassenbahnen fällt in die Zeit Dr. Neumayers. Durch den damaligen Erlasse wurden jedoch nicht bloss Sozialdemokraten, sondern auch Christlichsoziale betroffen, der Unterschied war bloss der, dass wir im Interesse der Parteidisziplin nicht öffentlich gegen den Bürgermeister ausreden konnten. Dr. Neumayer war ein christlichsozialer Bürgermeister, aber deutschnational erblich belastet, wir mussten die Schattenseiten seiner Amtsführung solange ertragen, bis die Möglichkeit gegeben war, uns dieser Last eines Bürgermeisters zu entledigen. (Zwischenruf: Sie schildern sehr schön Ihre Bürgermeister!) Jede Partei hat solche Leute und auch Sie haben manchen Ihrer Führer schon geköpft. Sie zeigt von der gesunden Kraft einer Partei, wenn sie soviel Reaktionsfähigkeit hat, gewisse Dinge abzustossen. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: Den Dr. Neumayer hat der Schummeier beseitigt!) Ich will das Verdienst Schummeiers gar nicht schmälern.

Unter der Ägide Dr. Weiskirchners hatten weder die Sozialdemokraten, noch die Deutschnationalen über schlechte Behandlung zu klagen. Die Koalitionsefreiheit aller Angestellten war ohne dass sie offiziell anerkannt wurde, eine so sichere Sache, dass auch nicht einmal irgend eine Klage in dieser Beziehung erhoben wurde. Dr. Weiskirchner etwas geschickte Position in einem Teile der Bevölkerung ist vielleicht sogar darauf zurückzuführen, dass er in seiner Auffassung von der Anerkennung ihrer Gesinnung soweit ging, dass man ihn vorwarf, er habe sich gegen die Grundsätze des Antisemitismus veründigt.

Wenn Sie von der Wahrung und Sicherung des Koalitionsrechtes sprechen, so muss ich sagen, dass mir der Glaube daran fehlt. Denn ich wäre in der Lage eine grosse Zahl von Angestelltengruppen zu nennen welche in der unglaublichen Weise gemartert

worden sind. Ich will nur einen Fall anführen, wie Sie die Koalitionsefreiheit nicht nur verweigern, sondern auch die Gewissensfreiheit mit Füßen treten. Bei der Firma Roth wurde ein Mann, der seit 30 Jahren in unseren Reihen steht nicht nur gewonnen, in ihre Organisation einzutreten, sondern er wurde sogar verpflichtet, bei sonstiger Einstellung der Arbeit die Stelle als Funktionär in der christlichsozialen Organisation niederzuliegen. (Zwischenruf: Pfui, schämen Sie sich!) Es handelt sich hier nur um die Tatsache und die kann von Ihnen nicht bestritten werden. (Zwischenruf von Seiten der Sozialdemokraten: Das hat der Unternehmer getan!) Nein, das haben Sie getan, weil sich der Unternehmer darum nicht kümmert. Sie haben gedroht, ihn brotlos zu machen. Dass er nicht brotlos ist, das ist nicht Ihr Verdienst. Machen Sie keine Zwischenrufe, denn Sie bestätigen dadurch, wie schamlos Sie handeln. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sie Demunziant! Dr. Angermayer: Wenn Sie einen umbringen und er wird Sie anzeigen, der ist dann auch ein Demunziant.)

Was nun die Vorlage anbelangt, so hat die Beamenschaft dafür keinen parteiunabhängigen Dank zu leisten, da wir nur zu gut wissen, dass die Beamten alle arg mitgenommen sind. Wir wissen, was die Not der Zeit bedeutet und welche furchtbare Härten diese Zeit jedem auferlegt hat und sind überzeugt, dass hier geholfen werden muss. Wir sind auch bewusst, dass wir damit nicht allen Wünschen entsprechen und sind uns aber auch bewusst, dass die eventuellen Mängel der Vorlage nichts anderes verschuldet, als die Lage der Gemeinde. Wenn wir aus der Sache politisches Kapital hätten ziehen wollen, so hätten wir einfach hinaufgezitiert, wir hätten gesagt, wir beantragen mehr, denn es ist nicht Sache unserer

Partei, uns über die Mittel den Kopf zu zerbrechen. Wir wollen aber nicht aus der Not eines Teiles der Bevölkerung ein politisches Spiel arrangieren und aus demselben ein politisches Kapital schlagen. Wenn Sie uns vorwerfen, dass unsere Beamtenfreundlichkeit erst jetzt entstanden ist, so ist eigentlich ein derartiger Vorwurf keine Erwiderung wert. Die Gemeinde Wien hat die Beamten in einem Zustand übernommen, wo sie weit hinter den Staatsbeamten standen und sie auf eine Höhe geführt, die jene der Staatsbeamten beinahe überragt. Auch die bisherige Dienstpragmatik der Gemeinde Wien überragt beinahe jene der Staatsbeamten. Wir haben für die Beamten und Angestellten die ganze Zeit unserer 25-jährigen Wirksamkeit in diesem Saale gesorgt. Mitbesonderer Entschiedenheit tritt der Redner den Beschuldigungen der sozialdemokratischen Partei entgegen, die letztere fälschlich der Kriegshetze beschuldigt und kommt zu

dem Schlusse, dass die gesamten europäischen Kräfte ebenso schuld an dem Krieg seien, wie die Christlichsozialen, welche führt durch eine gekaufte und bestochene Presse. Wir haben zu dem schlechten Finanzstand der Gemeinde Wien keine Schuld, das es spricht sich rasch aus, das können wir auch jederselbst beweisen. Die Gemeinde Wien ist ein Opfer des Krieges, ein Opfer der Unfähigkeit der während des Krieges waltenden Regierungsstellen. Wir haben unsere Vertreter ins Verhandlungskomitee entsendet und freuen uns, dass deren Tätigkeit Anerkennung gefunden hat. Und wir reklamieren von dieser Anerkennung auch ein gutes Stück für unsere Partei, um festzustellen, dass unsere Beamtenfreundlichkeit eine fundierte sei und nicht einer langjährigen Ueberzeugung entspreche. In diesem Sinne stimmen wir für diese Vorlage und scheiden nach erfolgter Abstimmung nicht mit Anspruch auf Dank, aber im Hochgefühl des Bewusstseins erfüllter Pflicht.

In seinen Schlussworten spricht der Referent DR. VAUGHAN Allen, die an der Vorlage mitgearbeitet haben, den warmsten Dank aus und betont, dass die geleistete Arbeit beispielgebend sein wird für die Kollegen des Landes und des Staates.

Bei der Abstimmung würden die im Lauf der Debatte gestellten Änderungsanträge Sedlak und Marie Schwarz abgelehnt, die Anträge Kunechak angenommen. Die Resolutionsanträge Schmitt, Rummelhart und Angermayer werden genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

VB. Hain spricht im Namen des Gemeinderates den Referenten sowie Allen für die aufopferungsvolle Arbeit im Interesse der Besetzten den Dank des Gemeinderates aus.

Es wird hierauf die noch restliche Tagesordnung erledigt. Bei dem Referate des DR. MÜLLER auf Errichtung eines Kinderbades im Wiener Neustädter Kanal stellt DR. RACHAK den Zusatzantrag, dieses Bad in den Abendstunden auch den Erwachsenen zugänglich zu machen. Der Referentenantrag wird angenommen, und der Zusatzantrag genügend unterstützt, an den Stadtrat geleitet.